

## Parlamentarischer Vorstoss. Antwort des Regierungsrates

Vorstoss-Nr.: 175-2016  
Vorstossart: Interpellation  
Richtlinienmotion:   
Geschäftsnummer: 2016.STA.24932

Eingereicht am: 12.09.2016

Fraktionsvorstoss: Nein  
Kommissionsvorstoss: Nein  
Eingereicht von: Hirschi (Moutier, PSA) (Sprecher/in)  
Sauvain (Moutier, PSA)  
Gasser (Bévilard, PSA)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja  
Dringlichkeit gewährt: Ja 24.11.2016

RRB-Nr.: 1310/2016 vom 23. November 2016  
Direktion: Staatskanzlei  
Klassifizierung: Nicht klassifiziert



### Sieht sich die Juradelegation neuerdings als verlängerter Arm von Force démocratique?

Gemäss Artikel 11 der Roadmap vom 4. Februar 2015, in der das Verfahren zur Volksabstimmung über die Kantonszugehörigkeit der Gemeinde Moutier festgelegt wird, verpflichten sich der Regierungsrat des Kantons Bern, der Staatsrat des Kantons Jura und der Gemeinderat von Moutier, «alles in ihrer Macht stehende zu tun, um zu gewährleisten, dass die Abstimmungskampagnen im Vorfeld der kommunalen und der kantonalen Abstimmung in einem ruhigen und fairen Klima stattfinden».

Die Roadmap sieht auch vor, dass ein Gutachten erstellt wird, in dem namentlich finanzielle Fragen im Zusammenhang mit einem allfälligen Wechsel der Gemeinde Moutier zum Kanton Jura bzw. mit ihrem Verbleib beim Kanton Bern objektiv und unvoreingenommen beantwortet werden. Das Gutachten wird Informationen enthalten, die an die Bevölkerung von Moutier abgegeben werden, damit diese 2017 in Kenntnis aller Tatsachen über ihre künftige Kantonszugehörigkeit wird abstimmen können.

Die Experten haben ihren Bericht inzwischen vorgelegt. Der Gemeinderat von Moutier und der jurassische Staatsrat hatten den Wunsch, dass dieser Bericht an einer Medienkonferenz der Bevölkerung vorgestellt wird. Der Regierungsrat hat die Teilnahme an dieser Medienkonferenz aber abgelehnt.

Er hat es – über seine Juradelegation und ohne seine Partner zu unterrichten – vorgezogen, sich einer Propagandaaktion hinzugeben, die darin bestand, eine Internetseite mit unvollständigen Fakten aufzuschalten und sich am 9. September frühmorgens nach Moutier zu begeben, um dort Schokolade zu verteilen.

Dieses Vorgehen bedarf einer Klärung. Der Regierungsrat wird daher um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wurde die Aktion, zu der sich die Herren Regierungsräte Schnegg und Neuhaus am 9. September 2016 in Moutier haben hinreissen lassen, vom Gesamtregierungsrat genehmigt?
2. Aus welchen Gründen hat die Juradelegation die anderen Unterzeichner der Roadmap nicht über diese Propagandaaktion unterrichtet und so die Loyalitätspflicht, welcher der Regierungsrat unterworfen ist, verletzt?
3. Bei der Schokoladeverteilkaktion wurden die beiden Regierungsräte von einem Gemeinderatsmitglied und von drei Stadtratsmitgliedern begleitet. Wie kommt es, dass die Juradelegation bestimmte Volksvertreter bevorzugt und nicht alle Behörden in corpore eingeladen und informiert hat? Anerkennt der Regierungsrat die Legitimität demokratisch gewählter Behörden nicht?
4. Zwei anwesende «sozialdemokratische» Stadträtinnen, die sich um die beiden Mitglieder der Juradelegation geschart hatten, glaubten, sich mit einem SP-Button schmücken zu müssen. Wollten die beiden Frauen damit zeigen, dass es sich nicht nur um eine Aktion der SVP und der beiden SVP-Regierungsräte handelte?
5. Wie kommt es, dass Emanuela Tonasso, die stellvertretende Leiterin von Kommunikation Kanton Bern, das «Journal du Jura» auf fragwürdigste Weise bevorteilt hat, indem sie die Zeitung vor allen anderen Medien über die Aufschaltung der Propaganda auf der kantonalen Webseite informierte?
6. Aus welchen obskuren Gründen enthalten die «Informationen» auf der Internetseite des Kantons weder irgendwelche Angaben zum Steuerwesen, noch zum interkantonalen Finanzausgleich, noch zu Betriebshilfen usw. Verstösst der Regierungsrat nicht gegen seine Objektivitätspflicht, wenn er Bereiche verschleiert, in denen der Kanton Bern dem Vergleich mit dem Kanton Jura zweifellos nicht standhalten kann?
7. Wird die Propaganda des Kantons im Hinblick auf mehr Objektivität in den für ihn ungünstigen Bereichen noch mit zusätzlichen Informationen ergänzt?
8. Auf der Internetseite des Kantons finden sich Daten zu den Liegenschaften. Will der Regierungsrat den Stimmberechtigten von Moutier damit klarmachen, dass sie Miteigentümer nicht nur dieser Liegenschaften, sondern des ganzen bernischen Vermögens sind und dass sie im Falle eines Kantonswechsels Anspruch auf ihren Anteil an diesem beachtlichen Kuchen hätten? Diese Berechnung müsste aber vielmehr im Rahmen der vermögensrechtlichen Auseinandersetzung erfolgen. Warum hat es der Regierungsrat abgelehnt, dass sich die Experten mit dieser Frage auseinandersetzen?
9. Mit welchem Budget wurde diese Propagandaaktion auf die Beine gestellt? Wer hat sie finanziert?

Begründung der Dringlichkeit: Es ist wichtig, dass der Regierungsrat rasch den Unterschied zwischen seiner Juradelegation und dem Vorstand von Force démocratique darlegt.

Verteiler

- Grosser Rat